

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 28 (1934)
Heft: 2

Artikel: Kundgebung der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz zu den Vorgängen in Oesterreich
Autor: Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-136543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ehrlicher ist. Und wenn sie sogar, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, gegen den *Faschismus* ginge: *auch den Faschismus wollen wir nicht mit dem Polizeiknüppel und -Knebel überwinden, sondern im freien Ringen des Geistes*. Gerade auch der Umstand, daß der 9. November diesem Gesetz zur Geburt verholfen hat, spricht gegen es. Denn es ist heute jedem, der die Wahrheit überhaupt sehen will, klar, daß die ganze Legende über den 9. November, auf der auch die neue Lex Häberlin ruht, eine Lügende war. Schon darum kann keiner, der diese Lügende durchschaut, für etwas stimmen, was auf ihr ruht, für etwas, was die Dämonen des 9. November vermehrt. Gerade der 9. November muß uns gegen die Lex Häberlin stimmen. Denn die Lage, die durch jene Ereignisse enthüllt worden ist, fordert wahrhaftig etwas anderes als — einen Maulkorb. Wenn wir ein *Gesetz* nötig hätten, das speziell darauf Rücksicht nähme — und dazu gehörte auch der Skandal der Banque de Genève und vieles derart! —, dann müßte es eines gegen die Willkür von *Behörden* und gegen die brutale Anmaßung unseres *Militarismus* sein und nicht eins gegen die Unterbindung der freien Rede und Kritik. Wenn man aber auf die Krawalle der letzten Zeit hinweist, auf Töß und anderes (aber bedeutamerweise nicht auf Luzern) oder gar die Bankräuber-Affäre in Basel oder den Mord von Stäfa zur Empfehlung der Lex an den Haaren herbeizieht, dann sagen wir: Gerade um diese Dinge zu *verhindern*, diese Uebel an der *Wurzel* zu fassen, bedarf es *anderer* Mittel als eines Maulkorbes. Weg damit! Es muß auf *andere* Weise Ordnung — im tiefen, heiligen Sinne — werden.

Leonhard Ragaz.

Kundgebung der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz zu den Vorgängen in Oesterreich.

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz kann nicht anders als vor Gott und den Menschen ihren Schmerz und ihr Entsetzen über das Unerhörte, was in Oesterreich geschehen ist und weiter geschehen soll, auszusprechen. Es ist ein Verbrechen, wie die ganze Weltgeschichte deren nur wenige kennt. Eine Regierung, die vorgibt, die Unabhängigkeit des Volkes zu verteidigen, ist gegen einen Teil dieses Volkes, und zwar gerade die treueste und sicherste Stütze seiner Unabhängigkeit, mit allen modernsten Mitteln des Mordes und der Zerstörung vorgegangen, nur um damit die eigene Parteimacht zu vermehren, vielleicht auch auf Geheiß einer fremden Macht. Auf Grund genauer Kenntnis der Tatsachen wenden wir uns empört gegen die frevelhafte Verkehrung der Wahrheit, welche die Schuld an diesem Furchtbaren von den Tätern auf ihre Opfer abwälzen möchte. Gerade weil wir auch die Schwächen und Fehler der Führung der österreichischen Ar-

beiterſchaft nicht verkennen, fühlen wir uns um ſo mehr verpflichtet, feſtzuſtellen: Die öſterreichiſche Regierung hat den ſozialiſtiſchen Teil des Volkes jahrelang auf alle mögliche Art gequält und gereizt, hat ihn mit einem wahrhaft diabolisch ausgedachten System zugleich zu erſticken und aufzuregen verſucht, hat dabei Recht und Verfaſſung mit Füßen getreten und hat dann, als er, nach langer Geduld und jedem nur möglichen Beweis des Verſtändigungswillens, ſich verzweifelt gegen die offen angedrohte Vernichtung erhob, mit ſchwerſter Artillerie und Gasgranaten in große, zur Mehrheit von Frauen und Kindern bewohnte Arbeiterſiedelungen, bewundernswerte Werke ſchöpferiſcher Fürſorge für die wiſchaftlich Schwachen, ſchießen laſſen. Mehr als tauſend Opfer ſind gefallen, darunter viele Frauen und Kinder. Das Standrecht bedroht die, welche die Verfaſſung verteidigt, nicht die, welche ſie ſchmählich gebrochen haben, mit Gefängnis und Galgen. Fluch und Grauen haben ſich auf ein ganzes Volk geſenkt und das Höllenfeuer iſt entzündet, aus dem ein neuer Weltbrand aufſammen kann.

Wir klagen die Urheber dieſes unerhörten Verbrechens, die großen und die kleinen, die öſterreichiſchen und die auswärtigen, vor Gott und den Menſchen an und klagen nicht weniger diejenigen Mächte an, die untätig dieſem Frevel zugeſchaut haben, den ſie leicht hätten verhindern können. Wir erheben beſonders auch unſere Stimme im Namen des *chriſtlichen* Gewiſſens. Denn faſt das Furchtbarſte an dieſem Geſchehen iſt für uns, daß die daran Schuldigen ſich auf *Chriſtus* berufen und nun auf Lug und Trug, Blut und Terror den vielgeprieſenen „chriſtlichen Ständestaat“ bauen wollen. Vor Gott und den Menſchen erklären wir dieſes Verhalten als Läſterung des Namens Chriſti. Und wir klagen auch eine *Kirche* an, die ſolche Dinge, trotzdem ſie dazu die Macht gehabt hätte, nicht verhindert, wenn nicht gar begünstigt hat. Wir ſprechen ihr, geſtützt auf das Neue Teſtament, das Recht ab, ſich nach einem ſolchen Verhalten noch eine Kirche Chriſti zu nennen, eine Kirche deſſen, der als Weltrichter ſpricht: „Wahrlich, ich ſage euch, was ihr getan habt einem unter dieſen meinen geringſten Brüdern, das habt ihr mir getan.“

Wir bitten die ſozialiſtiſche Arbeiterſchaft, aus der Tragödie des öſterreichiſchen Sozialismus die richtigen Folgerungen zu ziehen. Jenen heldenhaften Arbeitern Oeſterreichs, den toten und den lebenden, die lieber ſterben und äußerlich untergehen wollten, als ſich das Gut des Sozialismus und der Freiheit ohne Widerſtand rauben zu laſſen, entbieten auch wir, die wir ſelbſt Waffengewalt grundsätzlichen ablehnen, den Gruß unſerer Ehrfurcht und Liebe. Denn ſie haben ſo gehandelt, wie ſie nach ihrem Glauben mußten und damit ein Beiſpiel der Treue gegen die eigene Ueberzeugung gegeben, das in einer Zeit der ſeelischen Ermattung und der Verdunkelung aller wahrhaft menſchlichen Werte wie ein Flammenzeichen wirkt, das zum Erwachen

mahnt. Dieses Beispiel wird die Sozialisten der noch nicht geknechten Länder gewaltig anfeuern und sie mahnen, ihre Sache mit der gleichen Tapferkeit und Treue und mit der gleichen Hingabe bis in den Tod zu verteidigen. Dann wird diese Sache nicht untergehen, sondern nach einer Zeit der Bedrängnis mit neuer Siegeskraft aufsteigen. Aber wir warnen in treuester Gesinnung und in höchstem Ernste davor, von der *Gewalt* die Rettung zu erwarten; die Rettung kommt nur aus Glauben und Treue, aus echter und reiner Verkörperung der höchsten Wahrheit des Sozialismus. In der Offenbarung der Kraft *dieser* Mächte, nicht in ihren heldenhaften Waffentaten an sich, besteht das leuchtend Große, das uns die österreichischen Arbeiter gezeigt haben.

Wenn wir diese Forderung an die Arbeiterschaft richten, uns ihrer Schwere voll bewußt, so können wir nicht anders, als unser Entsetzen über die Haltung auszusprechen, die der Großteil unserer bürgerlichen Presse — es gibt gottlob einige edle Ausnahmen — den österreichischen Vorgängen gegenüber einnimmt. Eine solche Presse bringt es fertig, diesen Geschehnissen mit Genugtuung, ja zum Teil mit höhnischer Freude, zu begegnen, nur weil sie scheinbar einen vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie bedeuten. Der Geist des wilden Hasses, den eine solche Haltung verrät, läßt auch für unser Land das Allerschlimmste fürchten. Wenn man dazu bedenkt, daß das Aufgehen Oesterreichs in das nationalsozialistische Deutschland durch diese Ereignisse erleichtert und damit die Existenz einer unabhängigen Schweiz tödlich bedroht wird, so wirft diese Haltung auch ein bezeichnendes Licht auf die vielerufene „vaterländische Gesinnung“ gewisser Kreise. Wir fragen diejenigen bürgerlichen und bäuerlichen Schichten unseres Volkes, die noch nicht von Parteileidenenschaft völlig verblendet sind, ob sie mit dieser Haltung ihrer Presse und Führerschaft einverstanden sind? Ob sie sich bewußt sind, wohin das führt? Könnten die österreichischen Ereignisse nicht auch für die nicht-sozialistische Schweiz eine gewaltige Mahnung sein? Sollte nicht Schmerz und Entsetzen die Empfindung sein, die im Angesicht derselben alle Schweizer ohne Ausnahme erfüllen müßte? Sollten sie nicht in uns allen den heiligen Entschluß wecken, jeder Entwicklung, die auch uns so weit führen könnte, rechtzeitig mit äußerstem Ernst entgegenzutreten? Bedenket es — ihr seid gewarnt!

Wir fordern aber auch alle andern Menschen in der ganzen Welt, die noch Recht und Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit lieben, auf, den Kampf, den die österreichischen Arbeiter geführt haben, nicht als *verloren* zu betrachten. Er muß, mit andern Mitteln, fortgeführt werden. Die Unterlegenen müssen jede Art von Hilfe erfahren. Oesterreichs Unabhängigkeit ist erst recht mit äußerster Kraft zu verteidigen. Eine allgemeine Amnestie und die sofortige Aufhebung des Standrechtes sind zu fordern. Es muß vor allem auch verlangt und durchgesetzt werden, daß in Oesterreich selbst verfassungsmäßige Zustände und die demokratischen Grundrechte wiederhergestellt und verbürgt werden.

Wir fragen die nordischen Völker, fragen die Tschechoslowakei, Holland und Belgien, fragen besonders das Volk von Amerika, England und Spanien, ob wir es vor Gott und den Menschen verantworten können, tatenlos einer so ungeheuerlichen internationalen Schandtat zuzuschauen? Wir fragen, ob wir dadurch nicht Gericht auf uns herabziehen würden? Wir fragen den Völkerbund, ob er nicht sich selbst schändet und endgültig ruiniert, wenn er zu Dingen, die den von ihm verkündigten Grundwahrheiten hohnsprechen, schweigt? Wir rufen alle Freien und Tapfern der ganzen Welt, Frauen wie Männer, Alte wie Junge auf, über alles die Trennende hinweg, das gegenüber der heutigen Lage mit jedem Tag unwesentlicher wird, sich als eine große, heilige Kampfgemeinschaft gegen die nun in einer Reihe von Völkern geschehene und in andern drohende Vernichtung der Freiheit und Menschlichkeit und gegen die dadurch furchtbar nahe gerückte Gefahr eines neuen Weltkrieges zusammenzuschließen. Der Sieg hängt nur von unserem Mut und unserer Treue ab.

Das Blut, das in ganz Oesterreich und besonders in Wien geströmt ist, darf nicht umsonst geflossen sein. Es soll eine Saat der Freiheit und des Friedens, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit sein; es soll ein Zeichen werden für eine allgemeine Erhebung der Kräfte des wahrhaften Menschentums wie des wahrhaften Christusgeistes, die, wo sie echt sind, immer zusammengehören.

Zur Weltlage

Ich setze mich zur Abfassung dieser Uebersicht über die Weltlage nieder unter dem losgebrochenen Donner der Wetter, die um die Jahreswende noch schwarz am Himmel hingen. Denn soeben habe ich die furchtbaren neuesten Berichte aus Oesterreich gelesen. Aber beginnen wir nicht damit, sondern mit dem Anlaß dieses Ausbruches; das sind

Die französischen Ereignisse.

Denn seit langem zum erstenmal ist die Lage so, daß wir nicht genötigt sind, mit Hitler-Deutschland zu beginnen, sondern anderswo ansetzen müssen.

Die Vorgänge in Frankreich, die sich, wie immer, in *Paris* konzentrieren, sind bekanntlich durch die *Stavisky-Affäre* ausgelöst worden. Diese hat einen immer größeren Umfang angenommen und ist dann noch durch eine neue, die Affäre der Banque de l'Union des fonctionnaires, einer Bank, worin die Gelder zahlloser kleiner Beamten und Angestellten niedergelegt waren, vermehrt worden. Ihr Direktor *Alexandre* hat weitere 200 Millionen französischer Franken veruntreut. Das Ministerium Chautemps ist über diesen schlimmen Geschichten ge-